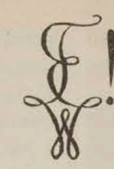
Berlin, 1. Mai 1898.



No. 75.
11. Jahrgang (22. Semester.)

MONATSBERICHTE

der

Freien Wissenschaftlichen Vereinigung

an der Universität Berlin.

Vereinslokal: Berlin N., Friedrichstr. 111 (Bötzow).

Der Inhalt der Monatsberichte ist streng vertraulich.

Zur Einführung.

Mit dieser Nummer treten die M.-B. in das 22. Semester. Die neugewählte R.-K. wird sich bemühen, die M.-B. auf den eingeschlagenen Wegen weiter zu führen. Insbesondere will sie die allgemeinen Fragen, wie dies im vorigen Semester angebahnt ist, auch weiter im Rahmen der M.-B. behandeln. Einen bestimmten Parteistandpunkt nach aussen oder innen vertritt die R.-K. nicht. Sie möchte das Gute für die F.W.V. nehmen, woher es kommt.

Die wissenschaftlichen, persönlichen und Vereinsangelegenheiten werden in der bisherigen Art weitergeführt werden. Die fortlaufenden Monatsberichte sollen ein Bild von der Entwickelung der Vereinigung geben.

Die Korrespondenz bitten wir mit AH. Frankfurter, Kurfürstenstr. 151 oder AH. Gordan, Melanchthonstrasse 27, die Kassenangelegenheiten mit Vbr. Rawitz, Flensburgerstr. 7 zu regeln.

Die AH. AH. bitten wir, die Abonnementsbeiträge zugleich mit ihrem Beitrag für die Verfügungskasse an AH. Paul Hirsch, Charlottenburg, Pestalozzistr. 79 baldigst einzusenden.

Dr. Frankfurter, AH. Gordan, AH. Dr. Selbiger, AH.
Abrahamsohn. Hübner. Keller. Rawitz.

Halt! Wohin?

Es ist nicht meine Absicht, über die Thatsachen des letzten Semesters zu referieren. Ich will dem Geiste nachspüren, der hinter den Ereignissen ruht. Oder wäre es grundloser Optimismus, nach Geist zu suchen?

Oh — wir haben grosse Thaten gethan. Mit Mannesmut und feuereifriger Begeisterung sind wir in den Kampf gezogen. Fest geschart um das Ideal, mit hochgehaltener Fahne standen wir auch im vorigen Semester auf dem Kriegsplatz; für Einigkeit, Freiheit, Recht, blau-rot-weiss, Burschenlust und Bier und Wahrheit; und, dass ich's nicht vergesse, Wissenschaft.

Und wir können Zeugnis aufweisen von dem Sinn, der uns beseelte. Unendlich viel haben wir erreicht, zwei grosse, wichtige Fragen sind zum Abschluss gebracht. Neu gestärkt ist das alleinseligmachende Dogma von der unbedingten Satisfaktion aus dem Ringkampf der geistigen Helden hervorgegangen. Und endlich sind wir auch ganz frei geworden. Auch das lose Band mit Heidelberg ist zerrissen, wir sind wieder ganz allein, ganz wir selbst in unsrer Herrlichkeit.

Um nicht missverstanden zu werden: In der letzten Entscheidung, in den Vorgängen, die zum Bruch mit Heidelberg geführt haben, hat m. A. nach Berlin vollständig korrekt gehandelt. Und da ich, wie ich glaube, wohl zu den treuesten und enragiertesten Vorfechtern

Heidelbergs stets gehört habe, dürfte es kaum einen Berliner F. W. Ver geben, der nicht das Vorgehen Berlins billigte.

Aber was ich nicht billige, sind die Gedanken, mit denen das Ereignis von vielen begleitet worden ist. Was mich schmerzt ist das Hurrahgefühl, der Jubel, der sich bei einzelnen kund gab, weil wir nun endlich von den »verdammten Heidelbergern los sind«. Es sind, wie ich annehme, die gleichen Empfindungen, die viele Anhänger der u. S. zu ihrem Standpunkt trieben. Viele — natürlich nicht alle. Immerhin ist es not, von Zeit zu Zeit diese Unterströmung in den Seelen der F. W. Ver zu zeigen, vor ihr zu warnen, damit sie nicht zum Hauptstrom in der F. W. V. werde.

Ein Halt! allen denen, die eine Abkehr der F. W. V. vom offnen Leben wünschen zu Gunsten der Zusammenfassung im engen Kreise. Es sind schöne Worte und Begriffe, die dort locken, Freundschaft, Gemütlichkeit, Geselligkeit. Das sind auch gute Dinge; aber ich fürchte sie, wenn sie die einzigen guten Dinge in der F. W. V. sind. Das Leben in der F. W. V. würde ja behaglich werden, straffe Fuchszucht, erhabene Commentseligkeit und schneidige Mensuren würden das Herz erfreuen. Und nur eins würde ein bischen tot sein — die F. W. V.

Wenigstens die F. W. V., wie ich sie verstehe. Die freie, moderne, universale Verbindung sittlich und wissenschaftlich hoch strebender Männer. Die Vereinigung, die zwar wenig Mitglieder haben darf, aber keinen öden Gesellen, den nur seine Religion oder sein Geldbeutel verhindert hat, Couleurstudent zu werden.

Alle Achtung vor den Vbr., die ehrliche Anhänger des Duells sind. Das ist ein Prinzipienstreit und in Prinzipienfragen giebt es kein Kompromiss. Aber ein Halt denen, die aus Feigheit die u. S. beibehalten wollen. Aus Angst vor dem, was die Gegner sagen und schimpfen können, aus Besorgnis, in der Meinung derer, die wir bekämpfen, nicht für ebenbürtig gehalten zu werden, weil wir ihre Dummheiten nicht mehr mitmachen wollen. Und ein Halt auch denen, die glauben, die u. S. als Zuchtmittel für die eigenen Vbr. behalten zu müssen. Was sind das für Vbr., die man züchten oder züchtigen muss, damit sie sich anständig benehmen? Was sind das für Menschen, die man mit solchem Mittel erziehen kann?

Wir alle sind einig, dass der Bruch mit Heidelberg jetzt unvermeidlich war. Aber ein Halt denen, die sagen, wir wollen keine Ausdehnung, keine Verbreitung unsrer Ideen. An jeder Universität müsste es eine F. W. V. geben, gleichviel ob im Kartell mit uns, ob nicht, gleichviel ob sie unsern Namen trägt oder nicht. Unsre Idee müsste überall keimen, wir müssen sie überall hintragen, nicht abgeschreckt von Misserfolgen. Ein Halt denen, die unseren F. W. V. herabdrücken wollen zum Kneipverein mit obligater wissenschaftlicher Dreingabe.

Denn dieser Geist, der kampfesunlustig und mit Besorgnis vor der Meinung der andern eine Konzentration herbeiführen möchte, ist ein kleinlicher Geist; der Dämon der Beschränktheit. Statt zur regen Anteilnahme an allen Ereignissen der Zeit würde er uns zur bierehrlichen Begeisterung für die hohen Ziele des S. C. und Reserveoffiziertums führen. Wir würden das Schauspiel erleben, dass die F. W. V., ängstlich gemacht von der Möglichkeit, in weiten Kreisen endlich ein Echo ihres Kampfrufes zu hören, sich hinter die Wälle flüchtete, die die Gegner erbauten, damit die Geister unfrei bleiben. Das gäbe dann ein fröhliches Turnier, wer am besten saufen, raufen und singen kann, wer am schneidigsten die angestammten Eseleien der deutschen Studentenschaft vertritt, der buntbebänderte Corpsier oder wir von der grossen F. W. V.

Frankfurter.

Prof. Dr. L. Quidde über: Die „Lex Arons“ und die akademische Freiheit.

(Eine F. W. Ver Volksversammlung).

Mit einer grossen öffentlichen Protestversammlung, in der Prof. Dr. L. Quidde über obiges Thema sprach, ist die F. W. V. in Gemeinschaft mit dem S. W. St. V. am 25. Februar wieder einmal in das öffentlich politische Leben hinausgetreten, und sie hat mit diesem Vorgehen einen unbestreitbaren Erfolg erzielt. Formell war die Versammlung natürlich von AH. AH. einberufen, von seiten der F. W. V. durch AH. Schmieder, von seiten des S. W. St. V. durch Herrn Dr. med. et phil. L. Woltmann. Die Versammlung war von ca. 1500 Personen besucht, die Rede Quiddes war eine glänzende Leistung, gleich scharf in der Kritik des angegriffenen Gesetzentwurfes wie in der Verurteilung der gesamten, auf die Unterdrückung freier und unabhängiger Persönlichkeiten gerichteten Bestrebungen, und, wie zu erwarten, blieben auch die Antworten an die »demokratisch und judenfreundlich gesinnten Vereine« von seiten des »Reichsboten« und Genossen nicht aus. —

Aber dieser Erfolg ist m. E. nur ein äusserlicher, für die Vereinigung selbst war er ein Misserfolg, und zwar ein so schwerer, dass ähnliche Versuche in der nächsten Zukunft am besten unterlassen werden sollten. Wenn ich nun weiterhin behaupte, dass die Gründe für diesen Misserfolg nicht in der Sache, sondern allein in der Vereinigung selbst lagen, so bemerke ich im Voraus, dass die allgemeine Ansicht in der Vereinigung über den Erfolg der Versammlung wohl eine entgegengesetzt ist, und dass meine Aeusserungen um so mehr als rein subjektive betrachtet werden können, als ich selbst Mitglied der dreigliedrigen Kommission für diese Versammlung war.

Die Anregung zu derselben war am 14. Februar durch einen Antrag des AH. Max Levy gegeben worden, aber da ein geeigneter Referent aus akademischen Kreisen hier nicht zu finden war, kam der Plan erst zur Ausführung, nachdem aus privater Initiative eine Anfrage an Prof. Quidde in München ergangen war. Dieser erklärte sich bereit, nach Berlin zu kommen, aber ausschliesslich für Freitag, 25. Febr., so dass zur Vorbereitung der Versammlung nur drei Tage blieben. Diese Kürze der Zeit hatte zur Folge, dass die Ver-

sammlung, die ursprünglich als Studenten-Versammlung geplant war, zu einer öffentlichen Versammlung wurde, da für den bestimmten Tag nur noch der grosse Keller-sche Festsaal in der Koppenstrasse frei war, der sich weder nach Grösse noch Lage zu einer rein studentischen Versammlung eignet. Die Kommission zog es vor, lieber den ursprünglichen Plan zu ändern, als ihn ganz aufzugeben, um so mehr, als auf eine rege Beteiligung der Studentenschaft zur Zeit überhaupt nicht zu rechnen ist, und so zeigte es sich denn auch, dass trotz der ausgedehnten Propagande durch 9000 Flugblätter, Zeitungsnotizen und Säulenanschläge nur etwa $^2/_5$ der Versammlung den akademischen Kreisen angehörten. Die Majorität setzte sich wie immer aus den aufstrebenden, bildungsbedürftigen und bildungsfähigen Kreisen der Arbeiter und »kleinen Leuten« zusammen. Selbst solche Fragen, die jeden Einzelnen von uns persönlich berühren, vermögen es nicht, unsere Kreise aus ihrer Indolenz aufzurütteln, eine Thatsache, über die wir uns aber garnicht beklagen dürfen, denn nicht einmal die Vbr. Vbr. waren annähernd vollzählig vertreten, während die hiesigen AH. AH. trotz spezieller Einladungen nur in verschwindender Zahl erschienen waren.

Trotzdem ward der Zweck der Versammlung, energischen Protest gegen jenes Knebelgesetz zu erheben, erreicht, und wenn die Nächstbetroffenen dies nicht für nötig befunden hatten, so haben es für diese andere Kreise gethan, die eben durch ihr thätiges Interesse die Gewähr bieten, dass in jene gleichgültige Masse baldigst frische Elemente aufrücken werden. Aber die Befriedigung war in der Mitte der Vereinigung bedeutend geringer, man erklärte, die F. W. V. sei nicht dazu da, um Volksversammlungen zu veranstalten, zudem sei dies eine sozialdemokratische Versammlung gewesen. Diese Behauptung sollte daraus bewiesen werden, dass die Kommission keine Veranlassung genommen hatte, eine Zensur auszuüben über die den Besuchern zugängliche Kolportage-Litteratur, und infolge dessen auch sozialdemokratische Schriften vertrieben worden waren, ja ein Arbeiter sogar, wie überall, privatim und ohne zudringlich zu sein, für den sozialdemokratischen Wahlfond gesammelt hatte.

Statt dass man sich freute, dass wieder einmal ein kräftiges Wörtlein gegen die Reaktion geredet worden war, wurden solche Kleinigkeiten Veranlassung zu stundenlangen Debatten, in denen Winke gegeben werden sollten für ähnliche Veranstaltungen in der Zukunft, Winke, die zeigten, dass politische Vorurteilslosigkeit und freier Blick in der Vereinigung vollständig fehlen. Und doch kann allein auf Grund dieser die Vereinigung das Recht haben, hinausgehend über den engen Rahmen studentischer Angelegenheiten thätig einzugreifen in politische Fragen. Wer wirklich ernste Wissenschaft treiben will, wird hierzu das Mittel nicht in einem Verein wie die F. W. V. suchen, wohl aber will er in einem derartigen Verein Menschen finden, die auf Grund wissenschaftlicher Schulung und eines über den Beruf hinausgehenden allgemeinen Interesses sich nicht nur aus konfessionellen Gründen zu den linksstehenden Parteien rechnen, sondern auch wirklich selbst frei sind, frei von alten Vorurteilen und frei von kleinlichem Parteifanatismus. Würden diese Anforderungen erfüllt, dann könnte die Vereinigung Politik treiben im besten Sinne des Wortes, eine Politik, die nicht trennen, sondern vereinigen würde; bei den heutigen Anschauungen würde sie aber durch die Politik nur zu einem freisinnigen Wahlverein herabsinken. Nur ein Beispiel: Da Prof. Quidde jegliche Vergütung seiner Reisekosten abgelehnt hatte, veranstaltete die Kommission eine private Sammlung unter den Mitgliedern der beiden Vereine, deren Ertrag dem Wahlfond des Kreises Kaiserslautern, in dem Quidde zur Reichstagswahl steht, zufliessen sollte. Es war dies die einzig mögliche Art, in der man Quidde eine Aufmerksamkeit erweisen konnte. Trotzdem erklärte die Majorität der Vbr. Vbr.: für die süddeutsche Volkspartei geben wir nichts, und die Vereinigung verbot sogar ihren Mitgliedern, sich als F. W. Ver an einer derartigen Sammlung zu beteiligen. Dass es sich nicht darum handelte, die Deutsche Volkspartei zu unterstützen, sondern lediglich eine Dankespflicht an Quidde in würdiger Form abzutragen, das wollte man nicht begreifen. Aber da Undankbarkeit gewiss nicht Sache der F. W. V. ist, wollte man sich lieber durch irgend ein unnützes silbernes Gerät lächerlich machen. Die Summe kam trotzdem zusammen, allerdings fast ausschliesslich aus Beiträgen einiger AH. AH. und der Mitglieder des S. W. St. V., in welch letzterem viel schärfere Gegensätze als bei uns auf Grund freieren Blickes politisch einträchtig zusammenarbeiten.

Dies alles sind m. E. Symptome einer Geistesrichtung in der Vereinigung, die ihr das Recht nimmt, sich als die berufene Trägerin freiheitlicher Ideen zu betrachten. Denn wer für die Freiheit anderer kämpfen will, sei es auch nur in den engen Grenzen der Thätigkeit einer akademischen Vereinigung, der muss zu allererst selbst frei sein! Solange wir aber aus Furcht davor, dass uns der »Reichsbote« und dessen Genossen vor das Wort »demokratisch« noch das Wörtchen »sozial« setzen könnten, auch nur daran denken können, den Angehörigen irgend einer Partei in einer F. W. Ver Versammlung weniger Recht zu gestatten als Anderen, so lange sind wir — so gut wie der vielgeschmähte V. D. St. — Knechte veralteter Anschauungen, und nicht berufen, Anderen die Freiheit zu predigen.

Suchen wir also zunächst in unserem eigenen Kreise Freiheit und Unbefangenheit der Anschauungen zu verbreiten, ein Ziel, zu dessen Erreichung noch viele Arbeit von nöten sein wird!

Ernst Maier.

Monatsbericht.

Berlin, d. 23. April 1898.

Von den letzten Monaten ist wegen der dazwischenliegenden Ferien nicht allzuviel zu berichten.

Am 25. Februar fand die von AH. Schmieder in Gemeinschaft mit dem früheren S. W. St. Ver. Dr. Woltmann einberufene Protestversammlung gegen die sog.

lex Arons statt, über deren Verlauf an anderer Stelle des näheren berichtet ist.

Das Wintersemester wurde am 2. März 98 durch die ordentliche Hauptversammlung geschlossen. Der Verlauf dieser Sitzung, der wichtigsten des Semesters, war höchst unbefriedigend. Trotz der ansehnlichen Länge der Versammlung konnte nur ein verhältnismässig kleiner Teil der Tagesordnung erledigt werden. Statt wichtiger Besprechungen, zu denen gerade am Schluss des vorigen Semesters aller Grund vorhanden war, fanden endlose Debatten persönlicher Natur statt. Es ist bedauerlich, dass einige Vereinsbrüder und leider auch Alte Herren nicht immer die Grenzen des parlamentarisch Zulässigen innezuhalten gewusst haben.

Hoffen wir, dass mit dem alten Semester auch die persönlichen Zwistigkeiten vergessen und begraben sind.

Bemerkenswert ist noch die Besprechung über die sog. Quiddeversammlung. Die vorbereitende Kommission hatte in ihrem Rechenschaftsbericht erklärt, es solle ein Ehrengeschenk für Prof. Quidde gestiftet werden und sie beabsichtige, zu diesem Zweck eine private Sammlung in der F. W. V. zu veranstalten. Die einkommende Summe sollte Quidde als Beitrag für den Wahlfonds der Volkspartei für Kaiserslautern, dem Wahlkreis Quiddes zur bevorstehenden Reichstagswahl, zur Verfügung gestellt werden, unter dem Vermerk »gesammelt unter Mitgliedern der F. W. V«. Diese Erklärung rief eine lebhafte Debatte hervor, welche in dem von den AH. AH. Siegmann und Gordan eingebrachten Antrag gipfelte:

»F. W. V. hält es für unangemessen, dass Mitglieder, wenn sie für eine bestimmte politische Partei in die Oeffentlichkeit treten, sich ausdrücklich als F. W. Ver bezeichnen. Sie stellt es daher ihren Mitgliedern, welche für den Quiddeschen Wahlfonds etwas spenden wollen, anheim, das privatim und nicht in ihrer F. W. Ver-Eigenschaft zu thun.«

Dieser Antrag wurde angenommen. Es ist höchst erfreulich, dass endlich einmal die F. W. V. die Art ihrer Stellungnahme zur Politik prinzipiell entschieden hat. Nicht fernhalten von der Beschäftigung mit den weltbewegenden Fragen der Politik soll sich die F. W. V., aber fernhalten soll sie sich von dem Treiben der Parteien. Dazu muss uns der Name »F. W. V.« viel zu hoch stehen, als dass wir sie in den Dienst einer auf ein Programm eingeschworenen Gruppe stellen dürften. Eine im Dienst irgend einer Partei stehende »Freie Wissenschaftliche Vereinigung« ist ein Unding, sie würde durch eine solche Stellungnahme sich beinahe mehr mit ihren Prinzipien in Widerspruch setzen, als wenn sie, man denke z. B. das Prinzip des Fuchskränzchens aufgeben würde. Quod dii avertant.

Die Schlusskneipe, welche am 4. März 98 stattfand und einen angeregten Verlauf nahm, war zugleich die letzte offizielle Kneipe in dem uns so teuer gewordenen eignen Heim, welchem ja schon in der letzten Nummer ein Abschiedslied gesungen wurde.

Nachdem einige Ferienkneipen wegen des Umzugs ausgefallen waren, konnten wir am 4. April die erste Ferienkneipe in dem neuen Lokal (Bötzow, Friedrichstrasse) abhalten.

Universitätsnachrichten.

Studentenleben an der Universität Halle.

Wer ein Bild von dem Hallenser Studentenleben geben will, der muss zunächst den Charakter der Stadt skizzieren, denn dieser wirkt auf die Art, das Gebahren und Benehmen des Studenten, überhaupt auf die aura academica tief ein; Philister und Student beeinflussen sich gegenseitig, am meisten aber jener diesen.

Halle ist Provinzialstadt, nicht einmal Provinzialhauptstadt, es ist überhaupt Kleinstadt, wenn es auch mehr als 100000 Einwohner in seinen Mauern hat. Halle ist vorwiegend Handelsstadt, das studentische Leben tritt stark in den Hintergrund. An Sehenswürdigkeiten auf den Gebieten der Kunst und Wissenschaft, an Naturschönheiten bietet die Stadt wenig oder nichts. Damit sind auch die Hauptzüge der Universität gegeben. Sie ist durchaus Provinzialuniversität, und das unterscheidet sie zu ihrem Nachteil von unseren grossen interprovinziellen Universitäten, von Berlin, München, Leipzig einerseits, von Heidelberg, Freiburg, Tübingen(?), Strassburg andererseits. Das Material der Studierenden rekrutiert sich grösstenteils aus den Söhnen der Provinz, aus Harzern, Magdeburgern, Altmärkern, Thüringern. Das stellt Halle in die Reihe der Universitäten zweiten Ranges, es kommt auf eine Stufe mit Königsberg, Greifswald, Rostock, Marburg usw., wenngleich es diesen an Zahl der Studierenden voransteht. Und dieser Mangel bringt noch einen zweiten mit sich, nämlich das Fehlen der Ausländer. Von diesen haben wir fast nur Polen und Russen, die grösstenteils Landwirtschaftler sind, die anderen Fakultäten sehen nur selten einen Nichtdeutschen; ja auch nur einen Süddeutschen bei sich. Nach Halle geht nur, wer dorthin gehen muss, sei es aus pekuniären Rücksichten oder wegen des Examens. Wer diese beiden Faktoren nicht oder noch nicht zu berücksichtigen braucht, der hütet sich, Halle aufzusuchen, der wählt eine Universität, die reich ist an Naturschönheiten oder an künstlerischen und wissenschaftlichen Attraktionen, an Amusements, Theatern, Konzerten u. dergl.; der Student sucht neben der Universität die Stadt, und sie zieht ihn an, wenn sie »ein klein Paris ist, das seine Leute bildet«, aber auch nur dann. Bei dem Mangel an solchen Vorzügen treten in Halle naturgemäss zwei Typen unter den Studenten hervor, der arme Student und das hohe Semester, der Student vor dem Examen. Diese beiden Klassen müssen nach ihrer Provinzialuniversität gehen, denn dort sind sie bei Stipendien, Freitischen usw. bevorzugt, dort müssen sie ihr Examen machen. Das Vorwiegen dieser Typen bringt nun einen eigentümlich banausischen Geist mit sich und macht ihn zum herrschenden; es fehlt der echt wissenschaftliche Geist. Mir ist das bei meiner Uebersiedelung von Berlin nach hier recht unangenehm aufgefallen. Man arbeitet, weil man arbeiten muss, und man lernt nur, was man lernen muss, scilicet: um sein Examen zu machen. Das verhängnisvolle Wort: »Das brauche ich im Examen nicht zu wissen« hört man hier nur zu oft. Eine eigentümliche Kleingeisterei, ein Schwören in verba magistri, das prägt

dem Studium in Halle seine Züge auf. Gewiss, es giebt für jeden Studenten ein paar Semester, wo er den Frohndienst der Examensarbeit leisten muss, das schadet durchaus nicht, es nützt, es wirkt erzieherisch, es schützt vor allzuweitgehendem Universalismus, der leicht verderblich werden und zur Oberflächlichkeit und Seichtigkeit führen kann, es lehrt, sich zu beschränken und in und durch Beschränkung Meister zu werden. Aber wenn dieser Geist der Einschränkung gar zu lastend wirkt, wird er schädlich, er nimmt uns unser schönstes Geschenk, das die Studienzeit uns leiht und das den Akademiker über die andern erhebt und vor ihnen auszeichnet: die Lernfreiheit im schönsten Sinne des Wortes. Sie allein, wenn sie recht verstanden und genutzt wird, giebt dem Studierten das allgemeine Interesse, die Freiheit vom Fachsimpeln, jenen freien Blick und weiten Horizont, der ihm für sein ganzes Leben erhalten bleibt. Ich spreche natürlich für Halle nur von der Regel, die glücklicherweise Ausnahmen hat, besonders in der theologischen Fakultät, die überhaupt eine exklusive Stellung einnimmt, worüber ich unten noch handeln will. Sturm und Drang sind der gesunden Jugend eigen wie die Frühlingsstürme dem Lenz, die fundamentierte Stetigkeit und Ruhe, die festgegründete Weltanschauung und der Fond fester Ansichten sind erst dem reifen Manne eigentümlich, wie die ruhigen Sonentage dem Spätsommer, die tranquillitas animi ist der Jugend fremd. Jenes vielseitige Interesse, jene kühne Selbständigkeit in den Ansichten, die Freiheit von Autoritätenverehrung (ohne dass damit gerade Eingebildetheit und Selbstüberhebung verbunden wäre), diesen echt wissenschaftlichen Geist, wie ich ihn gerade an der Universität in Berlin und besonders in der F. W. V. gefunden habe, den vermisse ich hier an dem Gros der Studierenden. Hier geht der Student am Leitseil des Professors, wie denn überhaupt das Verhältnis zwischen diesen beiden hier ein anderes ist wie in Berlin.

Der Student steht hier dem Professor näher; letzterer kennt in der Regel seine Hörer fast durchweg persönlich. Schon äusserlich drückt sich dieser Unterschied charakteristisch darin aus, dass in Berlin auf der Strasse der Student am Professor wie an einem Fremden vorübergeht, während er ihn hier grüsst. Die ganze Art und Weise des Kollegs ist hier eine andere. Hier hält der Professor zwar wie in Berlin im Kolleg seinen Vortrag, aber dieser artet nicht selten — wenigstens bei den Juristen — nach Art des Unterrichts in der Schule in ein Frage- uud Antwortspiel aus, nicht nur in den Praktika und sonstigen Uebungsvorlesungen, sondern auch in den Hauptkollegs. Der Vortrag hat hier nicht das Unpersönliche und Kalte, wie in Berlin, wo der Dozent ins Auditorium hineinspricht, ohne die einzelnen Personen näher zu kennen, ohne sich um sie zu bekümmern, wo er fortfährt, gleichviel, ob er verstanden ist oder nicht. Dieser engere Konnex hat charakteristische Folgen. Einmal bekommt der Verkehr etwas Liebes, Vertrauliches, Gemütliches, weniger Geschäftsmässiges, in und ausser dem Kolleg. Einladungen der Professoren an die Studenten sind an der Tagesordnung, der Dozent redet seinen Hörer auf der Strasse an und geht mit ihm gelegentlich auch wohl spazieren, er giebt in persönlichen und wissenschaftlichen Angelegenheiten liebenswürdig Auskunft, wovon ausgiebiger Gebrauch gemacht wird. Das Testieren wird in der Wohnung des Dozenten vollzogen, wodurch immerfort Verbindungen geknüpft und befestigt werden. Andererseits aber drückt dieses enge Verhältnis das Kolleg bisweilen auf die Stufe des Gymnasialunterrichts herunter. Der Dozent wird zum Schulprofessor, er vermerkt es übel, wenn man öfter das Kolleg schwänzt oder unaufmerksam ist, was er bisweilen im Kolleg öffentlich — allerdings ohne Namensnennung — rügt. In alledem drückt sich wieder der oben gerügte Missstand aus: der Student ist eben hier nichts weiter als ein alter Fachschüler, die Universität ist hier — was das wissenschaftliche Leben angeht — dem Geiste nach eine Fortsetzung des Gymnasiums im Fachunterricht.

Davon macht hier nur die theologische Fakultät in vielen Stücken eine rühmliche Ausnahme. Das hat zum Teil historische Gründe. Die evangelisch-theologische Fakultät hierselbst ist stets berühmt gewesen, sie ist die Fakultät im Mutterlande der Reformation. Halle hat die Wittenberger Universität in sich aufgenommen, wo einst Luther gelehrt hat. Die Fakultät hat stets über hervorragende Kräfte verfügt, und noch jetzt hat sie bedeutende Namen unter ihren Dozenten. Nach Berlin ist sie heute die stärkste theologische Fakultät in Deutschland. Sie ist bis zu einem gewissen Grade interprovinziell, sie nährt auch — soweit ich als Aussenstehender das beurteilen kann — jenen sonst vermissten universellen Geist, der in der Wissenschaft nicht »die milchende Kuh«, sondern die »hohe, heilige Göttin« sieht.

Mit dieser ganzen Art des wissenschaftlichen Lebens hängt auch das ausserwissenschaftliche zusammen. Zwar der Kouleurstudent existiert hier gerade so wie anderwärts; Kommerse, Exbummel, Mensuren, Auffahrten, Fackelzüge, die obligaten Bierdörfer, an alledem fehlt es nicht. Darin gleichen sich wohl alle deutschen Universitäten mehr oder minder. Aber sonst wirft doch diese Kleingeisterei und Schülermässigkeit im Wissenschaftlichen auch auf das sonstige studentische Leben seine Schatten zurück. Am meisten ist mir in dieser Beziehung das Fehlen des »politischen Studenten«, wie man ihn nennen könnte, aufgefallen. Eine politische Bewegung unter den Musensöhnen giebt es hier kaum, ausser dass in dem obligaten Antisemitismus unter der Hand gemacht wird. So etwas wie der »Sozialwissenschaftliche Verein«, die F. W. V., die doch primo loco politische Kampfvereine unter den Studenten sind, etwas wie die fast immerfort politisierende »Akademische Lesehalle« mit ihren Wahlen, das giebt es hier nicht. Dazu fehlt eben das ganze Milieu, die Grossstadt, die grössere geistige und wissenschaftliche Freiheit des Studenten, die Kampflust und die Unabhängigkeit und nicht zum wenigsten das Mousseux, das der Angehörige anderer Provinzen und des Auslands in die akademische Bürgerschaft trägt. Der V. D. St. ist natürlich hier auch, aber er tritt kaum hervor, wenigstens nicht agitatorisch, und die theologischen Vereine, die hier besonders stark sind, insbesondere der Wingolf, haben unter ihren Zielen und Aufgaben keine vorwiegend politischen.

Nach alledem kann ich jungen Füchsen Halle als Studienort nicht empfehlen, wohl aber den höheren Semestern. Zur Vorbereitung für das Examen ist die Stadt mit ihrem ruhigen und billigen Leben, das keine Ablenkung mit sich bringt, der freundschaftliche Verkehr zwischen Dozenten und Studierenden von grösstem Vorteil. Ernst Fliess.

Persönliches.

AH. Schmieder ist für eine Amtsperiode wiedergewählt.
AH. Frankfurter promovierte zum Dr. jur.
Vbr. Dr. med. Gottheiner hat das Staatsexamen bestanden.
Vbr. Herrmann promovierte zum Dr. med.
Vbr. Wurzel bestand das Referendarexamen.
Vbr. Oelsner bestand das Vorexamen.

In die Vereinigung aufgenommen:

Herr stud. jur. Kurt Danziger, Berlin C., Alexanderstrasse 14b.

Wohnungsveränderungen:

AH. Dr. Pick, Rechtsanwalt, Berlin C., Jerusalemerstrasse 5.
Vbr. Referendar Wurzel, Alt-Landsberg.
Vbr. cand. med. Siegfried Selbiger, Heidelberg, Hauptstrasse 58.
Vbr. cand. phil. Kroening, Kiel, Breiter Weg 7 II.
Vbr. stud. jur. Itzig, Heidelberg, Plöck 32.
Vbr. stud. jur. Muskat, Heidelberg, Plöck 32.
Vbr. stud. jur. Lewetzow, Freiburg, Albrechtstr. 42.
Vbr. cand. med. Wolfsohn, Freiburg, Eckerstr. 2.
Vbr. Dr. med. Hermann, Freiburg, Eckerstr.
Tarnowsky, München, Schnorrstr. 5 III.
AH. Fritz Stahl, Charlottenburg, Kantstr. 153.
AH. Gustav Schüler, Linkstr. 30 I.

Wissenschaftliches.

13. ordentliche Sitzung am 14. II. 98.

— — — — — — — — — — — —

14. ordentliche Sitzung am 21. II. 98.

A.H. Rechtsanwalt Max Levy über: »Sittenpolizei und Prostitution«.

Nachdem der Vortragende eine Definition der zur Behandlung stehenden Begriffe gegeben hatte, erörtert er die Frage, was den Staat befuge, seine Mittel strafrechtlicher und polizeilicher Natur gegen die P. anzuwenden. Die Prostituierte verletze zweifellos ihre eigene Ehre, vergehe sich an Körper und Seele. Da dies gesetzlich nicht verboten sei, könnte man zu der Ansicht gelangen, dass der Staat überhaupt kein Recht zum Einschreiten habe. Dieser z. B. von der englischen Gesetzgebung eingenommene Standpunkt sei unzutreffend; der Staat habe das Recht, überall da einzugreifen, wo das allgemeine Wohl in Frage gestellt werde, wie dies durch den schädigenden Einfluss der P. der Fall sei. Die P. schädige

a) die allgemeine Sittlichkeit. Die Prostituierte biete öffentlich ihre Reize an, sie feilsche um dieselben; dadurch werde Aergernis gegeben und die noch schlummernden Begierden der Jugend erweckt.

b) die allgemeine Sicherheit. Die Prostituierte entwöhne sich mit der Zeit jeder ehrlichen Arbeit und gelange dadurch schliesslich auf den Weg des Verbrechens. Es trete als bedrohliche Begleiterscheinung das Zuhältertum hinzu.

c) die allgemeine Gesundheit durch Verbreitung ansteckender und gemeingefährlicher Krankheiten.

Dementsprechend sei jetzt in fast allen Kulturstaaten die P. durch Gesetze und polizeiliche Anordnungen geregelt. In Frankreich sei die gewerbsmässige Unzucht nicht strafbar. Jedoch beständen Dirnenlisten, in die alle diejenigen eingetragen werden, die sich freiwillig melden und zwangsweise diejenigen, welche der Polizei verdächtig erscheinen. Allen Eingeschriebenen liege die polizeiliche Kontrolle auf, die freie Bewegung sei beschränkt, die Polizeibehörde drohe an, verhänge und vollziehe die Strafe.

In Preussen habe man früher die freie gewerbsmässige Unzucht unter Strafen gestellt, straflos sei die in Bordellen betriebene Unzucht geblieben. Dieser Standpunkt sei bald verlassen worden. Nach dem Reichsstrafgesetzbuch würden nur solche gewerbsmässig Unzucht treibende Weiber mit Strafe — Geld oder Haft — bedroht, welche nicht unter polizeilicher Aufsicht stehen oder zwar stehen, aber die hierfür getroffenen polizeilichen Vorschriften nicht beobachten.

Darin liege natürlich ein indirekter Zwang für die Dirnen, sich in die polizeilichen Listen eintragen zu lassen. Die Polizeibehörde habe aber daraus ein formelles Zwangseintragungsrecht für sich hergeleitet und — durchaus willkürlich — das französische Zwangseintragungssystem recipiert. Ein Revisionserkenntnis des Oberlandesgerichts Braunschweig habe diesen Standpunkt der Polizei, entgegen der ersten und zweiten Instanz, gebilligt und sei massgebend für die Gerichtspraxis geworden. Für die Behandlung der gewerbsmässigen Unzucht gäbe es danach zwei Instanzen, eine polizeiliche und eine richterliche. Leider spiele das Gericht nur eine untergeordnete Rolle. Die so sehr wichtige Frage, wann gewerbsmässige Unzucht vorliege, entscheide thatsächlich die Polizei allein. Die Betroffenen hätten zwar das Recht der Beschwerde bez. Verwaltungsklage beim Bezirksausschuss bez. vorgesetzter Behörde, allein dieses Recht stände nur auf dem Papier, die Berechtigten wüssten kaum darum.

Auch der Vollzug der vom Richter erkannten Strafen sei vielfach mangelhaft und unwirksam.

Für die meist in den kleinen Amtsgerichtsgefängnissen zu vollstreckenden Haftstrafen ständen nicht genügend Räume zur Absonderung der Einzelnen zur Verfügung, häufig befänden sich mehrere Dirnen dort zu fortgesetzter Siesta zusammen, mitunter — was noch schlimmer, weil korrumpierend — auch mit Nicht-Dirnen. Auch auf Arbeitshaus könne das Gericht zwar erkennen. Die Wirkung dieser sehr zweckmässigen und sehr gefürchteten Strafe werde aber dadurch bedenklich herabgesetzt, dass schliesslich wieder die Polizei es in Händen hat, ob diese Strafe überhaupt zu verhängen ist. Und hierbei verfahre sie schablonisierend, statt individualisierend.

Der Redner wendet sich hierauf zur Kritik des ganzen Systems der polizeilichen und gerichtlichen Reaktion gegen die gewerbsmässige Unzucht.

Man behaupte vielfach, die Prostitution sei mit der menschlichen Natur verwachsen und unausrottbar. Das sei, soweit unsere Kenntnis der Einrichtungen in den Kulturländern zur Zeit reicht, richtig. Doch dürfe man deswegen sicher nicht die Hände in den Schoss legen, sondern müsse wenigstens versuchen, nach Möglichkeit der noch weiteren Verbreitung und den schädigenden Folgen Einhalt zu thun.

Wie habe das zu geschehen?

Verfehlt sei der oft gemachte Vorschlag der Kasernierung der Prostitution.

Auch dadurch erreiche man keine Garantie für die Gesundheit der der Prostitution ergebenen Personen.

Ferner führe diese Einrichtung, weil mit ihr die weitere der Zuführung und Verschleppung junger Mädchen eng verbunden sei, leicht auch zur Heranziehung Solcher, die sonst ferngeblieben wären.

Endlich — und das sei das Entscheidende — werde in den Bordellinsassen eine Klasse entrechteter Parias geschaffen, die abseits ständen von der menschlichen Gesellschaft; das dürfe ein Culturstaat nimmermehr sanktionieren.

Zum Teil treffe der letztere Vorwurf auch das jetzt herrschende Zwangseintragungssystem. Dessen Vorzüge würden zumeist überschätzt. Die hauptsächliche Rechtfertigung der Zwangseintragung bestehe in der damit verbundenen regelmässigen ärztlichen Untersuchung behufs Vermeidung venerischer Ansteckung. Diese Untersuchung sei aber doch von geringer Bedeutung für die allgemeine Volksgesundheit. Die für den Zweck zu Gebote stehende Zeit, Kräfte und Mittel genügten nicht für eine sichere Feststellung der Krankheit. Ausserdem sei der Prozentsatz der eingeschriebenen im Verhältnis zu den wirklich vorhandenen Prostituierten ein sehr kleiner, so dass keinerlei Gewähr für Verhütung der Ansteckung geboten werde. Endlich sei ja die Uebertragung durch die gar nicht der ärztlichen Ueberwachung unterworfenen Männer ebenso denkbar und ebenso häufig.

Der Hebel werde an der falschen Stelle angesetzt.

Nicht die Prostitution als solche sei durch Polizei und Gericht zu bekämpfen, man müsse sich gegen ihre Ursachen richten, in der Hauptsache die materielle Not der niedrigen Volksschichten, das elende Familienleben derselben und auf der anderen Seite schlechte Erziehung der Männer.

Erhöhung der Löhne in den meisten unteren Erwerbszweigen, Behebung der Arbeiterwohnungsnot, Reformen im Erziehungs- und Vormundschaftswesen, die Errichtung von Mädchenherbergen und Unterkunftshäusern für arbeitslose Mädchen, sowie die Stiftung von nicht pietistischen Asylen und Besserungshäusern für Prostituierte dürften geeignet sein, die Quellen der Prostitution wenigstens teilweise zu verstopfen. Das heute übliche Zwangseingreifen der Polizei und der Justiz gegen die Unzucht habe zu unterbleiben.

Den Kampf gegen die Syphilis könne man demjenigen Zweige der Verwaltung überlassen, der die allgemeine Hebung der Volksgesundheit sich zur Aufgabe gemacht habe. Als untergeordnete Dienerin derselben sei die Polizei am Platze. Eine allgemeine Anzeigepflicht für geschlechtliche Krankheiten würde vielleicht empfehlenswert sein.

Die Diskussion war eine sehr rege und bezog sich auf fast alle vom Redner vorgebrachten Punkte. Bei der grossen Menge der verschiedensten vorgebrachten Ansichten und Vorschläge ist es leider nicht möglich, an dieser Stelle nur einen einigermassen erschöpfenden Ueberblick zu geben.

Fritz Rawitz,
cand. techn.

15. ordentliche Sitzung am 28. II. 98.

Das Referat über den vom Privatdocenten Dr. Preuss gehaltenen Vortrag erscheint wegen Behinderung des Referenten in der nächsten Nummer.

Geschäftliches.

14. Ordentl. Sitzung vom 21. II. 98.

In die Kommission zur Veranstaltung einer Protestversammlung gegen die lex Arons werden gewählt: AH. AH. Freudenberg, Max Levy und Vbr. Maier.

15. Ordentl. Sitzung vom 28. II. 98.

Vbr. Fröhlich wird zum Kassenrevisor gewählt.

Ordentl. Generalversammlung vom 3. III. 98.

a) Rechenschaftsbericht und Neuwahl des Vorstandes (s. Aemter).

b) Decharge und Neuwahl der R.-K. (s. Aemter).

c) Decharge und Neuwahl der Verfügungskasse (s. Aemter.)
d) Decharge der L.-K.
e) Wahl eines Lesehallenvertreters.

Aemter.

Vorstand: Arthur Levy ×, Hermann ××, Keller ×××, Froehlich ××××, Fraenkel ×××××.
Redaktions-Kommission: AH. AH. Frankfurter, Gordan, Selbiger. Vbr. Vbr. Abrahamsohn, Hübner, Keller, Rawitz.

Verfügungskasse: AH. AH. Hirsch, Behr, Vbr. Rawitz.

Lesehallenvertreter: Froehlich.

Dieser Nummer ist der von Prof. Zunz am 24. 1. 98 in der F. W. V. gehaltene, in der „Deutschen Fischereizeitung" abgedruckte Vortrag über „Die Bedeutung der Fische im Natur- und Menschenleben" beigelegt.

Vorsitzender der Redaktionskommission: Referendar Dr. Richard Frankfurter, Berlin W. 35, Kurfürstenstr. 151, Telephon IX, 6677.
Druck von J. S. Preuss, Berlin W., Leipzigerstr. 31/32.